



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsident

8. November 2016
Andreas Hofer

P 116 Postulat Zemp Baumgartner Yvonne und Mit. über die Situation am Luzerner Kantonsspital (LUKS) / Gesundheits- und Sozialdepartement

Das Postulat P 116 und die Anfrage A 115 von Zemp Baumgartner Yvonne und Mit. über die Spitalplanung und die Finanzierung werden als Paket behandelt.

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Yvonne Zemp Baumgartner hält an ihrem Postulat fest.

Yvonne Zemp Baumgartner: Die SP ist mit der Antwort der Regierung nur teilweise zufrieden. Bezeichnend ist, dass auf die Frage, wann die Spitalleitung die Regierung über die Verzögerung informiert habe, eine einseitige Erklärung über den gesamten Prozess seit der Privatisierung des LUKS folgt. Auf die Frage 4 zu den privaten Beteiligungen aber folgt nur eine kurze und knappe Antwort. Aus unserer Sicht gibt es dort Risikopotenzial. Die Regierung hat rein aus der Optik des Luzerner Kantonsspitals argumentiert und nicht als oberste Aufsichtsbehörde und Auftraggeberin. Die Expansion und die Privatpraxen bringen dem Spital selber sicher einen Nutzen, sonst würden sie das Projekt nicht vorantreiben. Wir erwarten von der Regierung aber eine politische Antwort, die eine Gesamtsicht zulässt. Auch die Antworten zu den finanziellen Beteiligungen des Kantons sind nicht kongruent sowohl bei den Anfragen als auch beim Postulat. Das Gesundheitswesen ist grossen Kostensteigerungen unterworfen, wie man das auch bei den neusten Kostensteigerungen der Krankenkassenprämien wieder gesehen hat. Es ist deshalb legitim, von der Regierung zu erfahren, wie sie die Risiken einschätzt sowohl bei den geplanten Institutionen als auch bei der Zusammenarbeit mit anderen Kantonen und der Ausweitung des Tätigkeitsfeldes in Privatpraxen. Wir hätten gerne eine politische Antwort und eine Risikoabschätzung als Auftraggeber. Die Langzeitkosten, wenn sich das Spital bei Hebammenpraxen, Röntgeninstituten und handchirurgischen Privatpraxen engagiert, würden uns interessieren. Inzwischen wissen wir auch, dass Benno Fuchs als Spitaldirektor im Verwaltungsrat von Medbase sitzt. Dies ist ein Anbieter von Gemeinschaftspraxen im Bereich von Hausärzten, mitfinanziert durch die Migros. Wohin führt diese Strategie? Die Übernahme und die Beteiligung an privaten Praxen ist ein üblicher Kostentreiber für das Gesundheitswesen. Die Ärzte in diesen Praxen werden angehalten, möglichst viel Umsatz zu generieren und verteuern dadurch tendenziell die Gesundheitskosten. Die Beteiligung des LUKS ist schliesslich in erster Linie nicht von ideeller Natur, sondern finanzpolitisch motiviert. So hat es die Regierung in ihrer Antwort auf jeden Fall begründet. Die SP bittet Sie, das Postulat zu überweisen, um von der Regierung klare Antworten und eine differenzierte Risikoabschätzung zu erhalten. Auch wenn das Spital privatisiert ist und wir in vielen Bereichen nichts mehr zu sagen haben, bleibt eine grosse Verantwortung bei der Regierung, solche Entwicklungen kritisch und aus politischer Sicht zu betrachten. Sie können Auswirkungen auf das gesamte Gesundheitswesen haben.

Marlis Roos Willi: Die CVP nimmt die Antworten zur Kenntnis und wird das Postulat P 116 ablehnen. Auch für uns ist wichtig, dass wir vom Spitalrat zeitgerecht darüber informiert werden, was läuft und welche Schritte geplant sind. Das Postulat selber ist aber mittlerweile nicht mehr aktuell, und einige Fragen sind bereits geklärt. Der Regierungsrat geht ausführlich auf verschiedene Bereiche ein. Wir gehen davon aus, dass auch in einem umfassenden Planungsbericht keine wesentlichen neuen Aussagen gemacht würden. Die Angebote an den Standorten sind auf der Spitalliste zu finden. Diese ist uns bekannt. Die Aussagen zum Angebot in Wolhusen werden noch einmal bekräftigt, was wir zur Kenntnis nehmen. Sofern wir die in Aussicht gestellte Bürgschaft leisten müssten, würden wir wiederum mit einer detaillierten Botschaft bedient. Die Aussagen sind gemacht, wir bewegen uns in einem dynamischen Umfeld, das LUKS ist verselbständigt, und die Regierung hat die Kernaussagen eines möglichen Planungsberichtes bereits in den Antworten zum Postulat gegeben. Wir lehnen das Postulat einstimmig ab.

Katharina Meile: Seit wir das Spital verselbständigt haben, läuft es bei den Themen um die Spitalversorgung nicht mehr rund. Wir diskutieren immer wieder über Kompetenzen, wenn wir mit dem Vorgehen des LUKS nicht einverstanden sind. Die Unzufriedenheit bezüglich Neubau und Sanierung des Spitals, insbesondere des Kinderspitals, hat sich zugespitzt. Man ist sich einig, dass es beim Kinderspital vorwärtsgehen muss. Damit aber zur Spitalsituation Klarheit geschaffen wird, braucht es den Bericht. Das Postulat soll deshalb überwiesen werden. Es soll Transparenz bezüglich Spital und Spitalbauten geschaffen werden. Dabei interessiert nicht nur die Haltung des LUKS, die alle paar Monate wechselt, sondern insbesondere die Einschätzung und Sicht der Regierung. Was erwartet die Regierung? Wie soll die Spitalversorgung für die Luzerner Bevölkerung gewährleistet werden? Es braucht eine Gesamtschau und eine politische Würdigung. Allenfalls braucht es gar eine Anpassung der Kompetenzen. Die Forderungen von Yvonne Zemp Baumgartner sind berechtigt und werden von uns unterstützt.

Räto B. Camenisch: Auf den ersten Blick denkt man sich, was das ein Gestürm um das Kantonsspital ist. Auf den zweiten Blick erkennt man aber ein Unbehagen mit dem jetzigen System. Der Spitalrat kann sehr viel entscheiden. Die Regierung kann den Spitalrat ernennen und entlassen. Wir wissen nicht, wie die Regierung in Geschäfte eingebunden ist, obwohl es sich um die grösste Ausgabenposition handelt. Das Kantonsspital ist auch unser ideelles Gesundheitszentrum und ein wichtiger Teil des Kantons Luzern. Der Kanton hat das Spital geschaffen und steht zu diesem. Es fehlt eine gewisse Linie der Politik zum Spital, das operativ anscheinend sehr gut geführt wird. Im KP17 ist in Punkt 17.03 eine Position drin, die die Überführung in eine Holdingstruktur vorsieht. Finanzielle Auswirkungen hat diese offenbar nicht, weshalb es sich um eine verwaltungstechnische Massnahme handeln muss. Wir wollen nun wissen, was das bedeutet. Weiter ist für uns unklar, wie der Gesundheits- und Sozialdirektor zur Arbeit des Spitalrates steht und ob er Einfluss hat. Welche Geschäfte kommen auch auf seinen Tisch? War das problematische IT-Projekt auf seinem Tisch? War die Abberufung des Knutwiler Wassers auf seinem Tisch? Wie gross ist der Eigneranteil noch, wenn das Kantonsspital 2 Milliarden Franken aufnimmt? Was bedeutet das, und wie gross ist unser Einfluss noch, wenn der Eigneranteil nur noch verschwindend klein ist? Eine Bürgschaft ist geplant. Welche Bedingungen muss man damit verknüpfen, um unseren Einfluss beizubehalten?

Angela Pfäffli-Oswald: Aus unserer Sicht sind die Fragen nachvollziehbar beantwortet worden. Man kann bedauern, dass das Parlament weniger mitentscheiden kann. Die von unserer Demokratie und der Bevölkerung gefällten Entscheide sind aber zu respektieren. Die Governance gibt klare Verantwortlichkeiten und Stimmenverhältnisse im Spitalrat vor. Wenn andere Antworten gewünscht wären, hätte man die Fragen auch anders stellen müssen. Die Position des LUKS und anderer Spitäler und ihre aktive Position auf dem Markt wird von der FDP begrüsst. Ein Handeln nach rein marktwirtschaftlicher Denkweise ohne die politischen Auswirkungen zu bedenken, kann im Gesundheitswesen aber ein Schuss vor den Bug werden. Es ist bekannt, dass der Gesundheitsmarkt sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich boomt. Es lässt sich Geld damit verdienen. Es läuft nach dem Motto

„Angebot schafft Nachfrage“. Die Gesellschaft und insbesondere die Politik müssen sich die Frage der Finanzierung dringend stellen. Diesbezüglich hinterfragen wir die Haltung der Regierung. Das Postulat P 116 verlangt einen raschestmöglichen Planungsbericht. Einen solchen schnellstmöglichen Kurzbriicht haben wir bereits in Form der Antwort der Regierung erhalten. Die verlangten Angaben waren aber teilweise bereits vorher vorhanden und nachzulesen und wurden mehrmals an verschiedenen Informationsveranstaltungen vorgestellt. Es gibt aus unserer Sicht keinen Anlass für einen weiteren Bericht, weshalb wir das Postulat ablehnen.

Michèle Graber: Das LUKS ist eine selbständige Unternehmung und keine Verwaltungsstelle. Das wird von der GLP begrüsst. Trotzdem befindet sich das LUKS im Eigentum des Kantons. Bei derart hohen Investitionen sind dennoch genügend Kontrollen gefordert, und es braucht genügend Transparenz. Fehlinvestitionen und Verluste müssen schlussendlich vom Steuerzahler bezahlt werden. Die Finanzierung oder Eventualverbindlichkeiten wie Bürgschaften werden Auswirkungen auf unsere Staatsrechnung haben. Diese werden als Ausgaben und Investitionen verbucht und belasten die Schuldenbremse. Ich danke Räto Camenisch für das Aufzeigen eines gewissen Unbehagens. Unseres Erachtens ist die Spitalplanung heute nicht transparent. Immer wieder entnimmt man den Medien neue Ausführungen zur Planung, zur Finanzierung, zum zeitlichen Ablauf und zum Angebot. Stellvertretend dazu zwei Beispiele: Aus der Presse haben wir erfahren, dass neu ein Spital in Sempach geplant wird. Das war für mich ein Novum. Für mich steht es quer in der Spitallandschaft, ein neues Spital zu bauen. Ich habe diesbezüglich vorher und nachher nie Informationen darüber erhalten. Auch die Aussage des Spitalrates zum Spital Wolhusen „Eine genaue Planung des Spitals ist nur möglich, wenn auch die Nutzung bekannt ist.“ war für mich neu. Bis jetzt gingen wir immer davon aus, dass das Angebot in Wolhusen bereits festgelegt sei und in die Planung einbezogen wurde. Soweit ich mich erinnern kann, haben wir sogar über Details, wie zum Beispiel die Anzahl Betten, diskutiert. Ich finde es komisch, dass man da noch nicht mehr weiss. Beim AFP sind für Planung und Bau schon im Jahr 2018 Gelder eingesetzt, für das Kinderspital übrigens erst im Jahr 2026. Wir sind besorgt, dass aufgrund der Entscheidungen zur Spitalplanung mittelfristig finanzielle Probleme entstehen und den Bedürfnissen der Bevölkerung wenig Beachtung geschenkt wird. Wir unterstützen das Postulat.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Yvonne Zemp Baumgartner hat reklamiert, dass wir keine politischen Antworten geben würden. Wenn wir das aber jeweils machen, wird reklamiert, wir würden nicht sagen, wie die Situation tatsächlich aussehe. Die Art, wie Sie kommunizieren, dass Benno Fuchs dem Verwaltungsrat der Medbase angehört, kommt neidisch daher. Ich verlange von einem CEO, dass er sich auch in anderen Unternehmen erkundigt, was dort läuft und wie geplant wird. Sie können auch beruhigt sein, denn das Verwaltungsratshonorar von Medbase geht an das LUKS. Die Unzufriedenheit von Räto Camenisch kann ich nicht verstehen. Der Spitalrat macht eine gute Arbeit. Er ist nicht parteipolitisch, sondern aus Fachleuten zusammengesetzt. Wir haben das einzige öffentlich-rechtliche Spital, das dem Kanton einen Teil des Gewinns abliefert. Wenn ich als Eigner gewisse Sachen verlange, muss dies auch zuerst erwirtschaftet werden. Zum Spital in Sempach: Glauben Sie nicht immer alles, was die Medien schreiben. Sie müssen der Regierung glauben. Ich kann sie beruhigen, niemand aus dem Spitalrat hat die Idee, in Sempach ein Spital zu bauen. Wir wollen aber gewisse Weichen für die Zukunftsplanung in Sursee stellen. Ich verlange heute, dass sich ein Spital jederzeit an die neue Situation anpassen kann. Es gibt immer mehr Disziplinen, die man ambulant umsetzen kann. Im AFP ist alles, was geplant ist, abgebildet und aufgezeigt. Man sieht, wann was umgesetzt werden soll. Bei der Planung des LUKS kommt es zu zeitlichen Verschiebungen, weil die Koordination der verschiedenen Disziplinen voneinander abhängt. Damit man einen Betrieb führen kann, muss dieser erreichbar sein. So haben wir beispielsweise an einigen Standorten das Problem, dass wir zu wenige Parkplätze realisieren können. Ich kann Räto Camenisch beruhigen. Das Thema Knutwiler Wasser war wie die IT nicht auf meinem Pult. Ich denke, das ist auch richtig so. Angenommen das LUKS

bräuchte eine Bürgschaft, würde es eine Botschaft und allenfalls sogar eine Volksabstimmung geben. Angenommen wir kommen mit der Holdinggeschichte weiter, würde es eine Botschaft geben, zu der Sie Ja oder Nein sagen könnten. Sie erhalten alle Informationen. Ich bitte Sie, die Möglichkeiten von Informationsveranstaltungen auch wahrzunehmen. Allenfalls können wir auch eine gewisse Zeit in der GASK dafür einsetzen. Benno Fuchs und Beat Villiger sind jederzeit gerne bereit, Fragen zu beantworten.

Der Rat lehnt das Postulat mit 77 zu 27 Stimmen ab.